

Luzerner Zeitung

Montag, 25. Juni 2018

AZ 6002 Luzern | Nr. 144 | Fr. 3.50 | € 4.- www.luzernerzeitung.ch



Liliane Maury Pasquier
Die SP-Ständerätin wird
heute Präsidentin des
Europarat-Parlaments. 5

Merkel sucht Rückendeckung

Flüchtlinge Mit einem Sondergipfel haben 16 von 28 EU-Staats- und Regierungschefs gestern in Brüssel versucht, die tiefen Gräben in der Flüchtlingspolitik der EU zu überbrücken. Sie berieten über den stärkeren Schutz der Aussengrenzen und die Verhinderung der Weiterreise von Asylbewerbern innerhalb Europas, der sogenannten Sekundärmigration.

Der auf Wunsch Berlins eilig einberufene EU-Asylgipfel mit 16 EU-Staaten brachte jedoch keine konkreten Beschlüsse – zumal 12 EU-Staaten nicht daran teilnahmen. Abgesagt hatten etwa Ungarn, Polen, Tschechien und die Slowakei. (sda)
Kommentar 6. Spalte 7

Erdogan erklärt sich zum Sieger

Türkei Die Stimmen sind zu über 95 Prozent ausgezählt: Der bisherige Amtsinhaber Recep Tayyip Erdogan erklärt sich am Sonntagabend zum Sieger der Präsidentschaftswahl, die Opposition widerspricht jedoch. Der Grund ist Erdogans grosser Vorsprung nach der Vorlage von Teilergebnissen. Die grösste Oppositionspartei CHP will sich wehren. Die Zahl der ausgezählten Stimmen sei bedeutend kleiner als von der Agentur angegeben, sagten CHP-Politiker bei einer Medienkonferenz gestern Abend. Sie gehen davon aus, dass Erdogan in die Stichwahl muss. Bis Redaktionsschluss war der Ausgang der Wahl unklar. (sda) 6

Seebrücke: Stau hat sich gelohnt

Stadt Luzern Sanierungsarbeiten an der Seebrücke haben im letzten Sommer zu einem regelrechten Verkehrschaos in der Stadt Luzern geführt. Immerhin zeigt sich nun: Die vielen Stautunden haben sich gelohnt.

Das städtische Tiefbauamt sowie das an der Sanierung beteiligte Ingenieurbüro zeigen sich sehr zufrieden über den neuen Asphalt: «Der Belag auf der Seebrücke weist keine optischen Mängel auf», sagt Projektleiter Reinhard Hofmann. Es seien weder Längs- noch Querunebenheiten feststellbar. «Die Rezeptur des Belags kann sich nach einem Jahr auch unter Verkehr bestätigen», so Hofmann. (red) 23

Für Schneider-Ammann ist 8-Tage-Regel nicht zwingend

Schweiz/EU Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann stösst im Streit um die flankierenden Massnahmen ins gleiche Horn wie Aussenminister Ignazio Cassis.

Peter Blunsi, Doris Kleck

Für Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann spielt es weniger eine Rolle, wie die Schweizer Löhne geschützt werden, sondern, dass man sie schützt. Für den FDP-Bundesrat kommt auch eine Aufweichung der sogenannten 8-Tage-Regel in Frage. «Entscheidend ist nicht die Zeit, sondern das Schutzniveau, und darüber können wir nicht verhandeln», sagt er im Interview.

Die 8-Tage-Regel gehört zu den flankierenden Massnahmen,

mit welchen die Schweiz den hiesigen Arbeitsmarkt vor negativen Auswirkungen der Personenfreizügigkeit mit der EU schützt. Gehten Aufträge an Unternehmen aus der EU, so müssen grundsätzlich mindestens acht Tage verstreichen, ehe die Aufträge ausgeführt werden.

Schneider-Ammann war vor 2000 bei der Erarbeitung der Regel involviert. «Die 8-Tage-Regel kam ganz plump zu Stande», sagt er. Damals seien etwa acht Tage nötig gewesen von der schriftlichen Einreichung des Gesuchs

«Entscheidend ist nicht die Zeit, sondern das Schutzniveau.»

Johann Schneider-Ammann
Wirtschaftsminister

bis zur Übermittlung der Antwort. «Heute kann man das in acht Sekunden machen.»

Hoffnung auf bessere Verhandlungsposition

Mit seiner Bereitschaft, über die 8-Tage-Regel zu reden, stösst der Wirtschaftsminister ins selbe Horn wie Aussenminister Ignazio Cassis. Dieser hatte sie zur Disposition gestellt. Schneider-Ammann erhofft sich dadurch eine bessere Verhandlungsposition für ein Rahmenabkommen mit der EU. 2/3

Brauchtum begeistert die Massen



Luzern Das 62. Zentralschweizerische Jodlerfest war ein riesiger Publikumsmagnet: 75 000 Besucher strömten während dreier Tage nach Schötz, um mit Jodlern, Fahnschwingern und Alphornbläsern zu feiern. Für die rund 3000 Teilnehmer galt es dabei, nicht nur das Publikum, sondern auch die Jury zu überzeugen. 19–22

Bild: Eveline Beerkircher (23. Juni 2018)

Kommentar

Von wegen Migrationskrise

Politiker sind ein eigener Menschenschlag. Um sie zu verstehen, hilft einem meist eine Prise Sigmund Freud. Denn allzu oft stimmt genau das Gegenteil von dem, was ihnen gerade über die Lippen geht. So wie beim österreichischen Bundeskanzler Sebastian Kurz, der am Rande des Migrationsgipfels in Brüssel beteuerte: «Es geht hier nicht um den innerdeutschen Streit.» Natürlich geht es um den innerdeutschen Streit. Genauer: Es geht um die Angst der bayerischen CSU, bei der kommenden Landtagswahl von der AfD bedrängt zu werden. Deshalb treibt sie Merkel vor sich her und zwingt sie, vier Tage vor dem offiziellen Treffen der EU-Staats- und -Regierungschefs ein ausserordentliches Krisenmeeting zu erwirken.

Die Folge: Es entsteht der Eindruck, Europa befinde sich wie 2015 am Rande einer Flüchtlingskrise mit Hunderttausenden anstürmenden Migranten. Das Gegenteil ist der Fall. Die Migrationszahlen sind so tief wie seit Jahren nicht mehr. Dass dies das Resultat eines bereits verstärkten Aussengrenzschatzes, von Migrationsabkommen wie jenem mit der Türkei und eines stärkeren Engagements in den Herkunfts- und Transitstaaten sein könnte, fällt gerne unter den Tisch.

Freilich: Die EU kann noch mehr tun, um Probleme mit irregulärer Einwanderung anzugehen und solidarische Lösungen herbeizuführen, die die Migrationslasten auf mehrere Schultern verteilen. Wenn nun eine neue Dynamik dazu beiträgt, politische Blockaden zu überwinden, umso besser. Aber man sollte eine Krise richtig benennen: In diesem Fall sicher keine Migrations-, sondern eine hausgemachte Politikkrise.



Remo Hess, Brüssel
nachrichten@luzernerzeitung.ch